

## Klarheit statt Nebelkerzen

Was im Entwurf von Katja Kipping und Bernd Riexinger zum Wahlprogramm 2021 steht und mit welchen Forderungen Die Linke zu den Bundestagswahlen 2017 angetreten ist

Wahlprogramm Die Linke 2017 (127 Seiten)	Kipping/Riexinger-Entwurf 2021 (137 Seiten)
»Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgezogen werden und darf nicht in neue Auslandseinsätze entsandt werden.«	»Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgeholt werden.« (106)
»Vom Boden der Bundesrepublik Deutschland aus dürfen keinerlei militärische Drohneneinsätze in anderen Ländern koordiniert oder geleitet werden. Die militärischen Standorte in Deutschland, die derzeit an solchen Drohnenkriegen beteiligt sind – wie Ramstein, das AFRICOM und das EUCOM - müssen geschlossen werden.«	»Einsatz und Steuerung von Kampfdrohnen aus der Militärbasis in Ramstein durch die US-Armee wollen wir endlich stoppen. Kein Drohnenkrieg von deutschem Boden!« (105)
»Alle ausländischen Militärbasen in Deutschland müssen geschlossen werden. Entsprechende Verträge, auch mit den USA im Rahmen von Aufenthaltsvertrag und dem Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut, werden gekündigt. Die Infrastruktur in der Bundesrepublik darf nicht genutzt werden, um völkerrechtswidrige Kriege und menschenrechtswidrige Maßnahmen wie die Verschleppung von Gefangenen zu ermöglichen.«	--
»Wir wollen die US- und NATO-Infrastruktur in Deutschland beseitigen, die für den Aufmarsch gegen Russland, eine verheerende Regime-Change-Politik sowie ganz allgemein für Interventionskriege genutzt wird.«	--

<p>»Die Linke wird sich nicht an einer Regierung beteiligen, die Aufrüstung und Militarisierung vorantreibt, die Kriege führt oder Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt.«</p>	<p>»Mehr Investitionen in Militarisierung und Aufrüstung lehnen wir ab.« (103)  »An einer Regierung, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt, werden wir uns nicht beteiligen.« (103)</p>
<p>»Wir setzen uns für die vollständige und bedingungslose Aufhebung der US-Blockade gegen Kuba ein, inklusive der Drittstaatenregelung der US-Blockade. Wir unterstützen die Normalisierung der Beziehungen zu Kuba und fordern eine gleichberechtigte, solidarische Zusammenarbeit.«</p>	<p>--</p>
<p>»Wir verurteilen die Destabilisierungsversuche der Europäischen Union (EU) und der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) gegen Venezuela. Wir fordern, dass der Handelskrieg gegen die Wirtschaft des Landes und gegen die Versorgung der Bevölkerung eingestellt wird. Wir treten solchen Versuchen auf internationaler Ebene energisch entgegen. Die sozialen Veränderungen, die durch die linken Regierungen in Lateinamerika in Gang gesetzt wurden, haben Millionen Menschen wirtschaftliche Perspektiven und demokratische Teilhabe ermöglicht. Wir unterstützen die linken Regierungen und die selbstbestimmten regionalen Integrationsprozesse in Lateinamerika.«</p>	<p>--</p>

»Ein geeintes soziales Europa kann nur als ein Projekt des Friedens eine wirkliche, demokratische Zukunft haben (...). Die NATO dehnt ihren Einflussbereich bis an die Westgrenze Russlands aus. (...) Viele Menschen in unserem Land sind beunruhigt wegen der Verschlechterung der Beziehungen Deutschlands und der EU zu Russland. Von einem gemeinsamen Haus Europa, von der Friedensdividende nach dem Ende des Kalten Krieges, spricht heute keiner mehr. Stattdessen findet mitten in Europa, in der Ukraine, ein heißer Krieg statt. Zwischen der EU und Russland bestimmen Sanktionen und Gegensanktionen das Bild. Wo Abrüstung geboten wäre, dominiert auf beiden Seiten verbale und militärische Aufrüstung. Diplomatie und militärische Zurückhaltung sind ins Abseits geraten. Wir halten diese Konfrontationspolitik für fatal.«

»Die USA und die EU versuchen, ihre Vormachtstellung gegen Russland und China zu verteidigen. Längst ist daraus ein neuer Kalter Krieg geworden, der eskalieren kann.« (103)

»Die USA und ihre Verbündeten auf der einen, China und Russland auf der anderen Seite haben den Sicherheitsrat und die Vereinten Nationen (UNO) in den vergangenen Jahren blockiert.« (111)

„Angesichts der Konfrontation zwischen Russland, China und den USA brauchen wir eine EU, deren Außenpolitik von friedlicher Kooperation geprägt ist und nicht von der gewalttätigen Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen.“ (114)

<p>»Wir wollen eine neue, auf Entspannung orientierte Ostpolitik. Sicherheit in Europa kann nur Sicherheit mit und nicht gegen Russland sein. Das muss die sicherheitspolitische Orientierung von europäischem und deutschem Handel werden. Militärmanöver oder Pläne zur Stationierung von Waffensystemen entlang der russischen Westgrenze heizen Konflikte an. Wir setzen uns gegen Militärmanöver ein. Den Einsatz und die Stationierung deutscher Soldaten in den osteuropäischen Staaten wollen wir unterbinden. Das NATO-Rüstungsziel von zwei Prozent des BIP lehnen wir ab. Wir wollen die NATO auflösen und durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Einbeziehung von Russland ersetzen, das auf Abrüstung zielt. Wir wollen, dass die Bundeswehr dem Oberkommando der NATO entzogen wird und die Bundesrepublik aus den militärischen Strukturen des Bündnisses austritt.«</p>	<p>»Die NATO ist ein Relikt des Kalten Krieges und so agiert sie auch heute noch. (...) Wir fordern die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, das Abrüstung als ein zentrales Ziel hat. Unabhängig von einer Entscheidung über den Verbleib Deutschlands in der NATO wird DIE LINKE in jeder politischen Konstellation dafür eintreten, dass Deutschland aus den militärischen Strukturen des Militärbündnisses austritt und die Bundeswehr dem Oberkommando der NATO entzogen wird.« (106)</p> <p>»Eine Beteiligung der Bundeswehr an NATO-Kriegseinsätzen lehnen wir ab.« (107)</p>
<p>»Statt wie die Bundesregierung auf Aufrüstung, Konfrontation und Sanktionen gegen Russland zu setzen, werden wir eine Friedens- und Entspannungspolitik einleiten.«</p>	<p>»Wir wollen ein friedliches Europa und eine Union der Abrüstung, die Demokratie fördert, statt mit Diktatoren Geschäfte zu machen. Wir treten für eine Europäische Friedens- und Entspannungspolitik ein und wollen die Militarisierung der EU beenden.« (118)</p> <p>»Wir wollen dagegen weniger Geld für Aufrüstung und mehr Geld für öffentliche Investitionen.« (114)</p> <p>»Es braucht in Europa endlich höhere Steuern für Reiche und Konzerne. Gelder aus dem EU-Haushalt müssten umgewidmet werden: weniger Ausgaben für militärische Aufrüstung – mehr für solidarische und ökologische Zukunftsprojekte.« (113)</p>

<p>»Die Linke wendet sich dagegen, EU-Beitrittsverhandlungen mit autoritären Regimen wie im Falle der Türkei zu intensivieren. Wir treten für eine radikale Wende der deutschen und europäischen Türkei-Politik ein. Wir stehen an der Seite der Demokraten in der Türkei und fordern einen sofortigen Stopp der Rüstungsexporte und der Lieferungen von Rüstungsfabriken. DIE LINKE setzt sich für die Freilassung der politischen Gefangenen in der Türkei ein und steht allen Versuchen, dem türkischen Staatspräsidenten Erdogan unter die Arme zu greifen, wie mit einer Erweiterung der Zollunion, entgegen.«</p>	<p>»Wir wollen, dass sich aktuelle und kommende EU-Beitrittskandidaten ohne Vorbehalte zu Demokratie und Menschenrechten bekennen. Das gilt insbesondere für den Beitrittskandidaten Türkei. Die aktuelle Regierung der Türkei muss die Urteile des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte umsetzen, Demokratie und Meinungsfreiheit garantieren, die Verfolgung der demokratischen Opposition beenden, sowie alle inhaftierten Parlamentarier*innen und Bürgermeister*innen der oppositionellen kurdischen HDP-Partei freilassen.« (117/118)</p>
<p>»Mit Unterstützung der Bundesregierung verwandelt die islamistische Diktatur in Saudi-Arabien den Jemen in einen Ort des Schreckens. DIE LINKE fordert einen sofortigen Stopp der Rüstungslieferungen sowie der geplanten Ausbildung saudischer Militärs durch die Bundeswehr.«</p>	<p>--</p>
<p>»Wir lehnen es ab, dass deutsche Soldatinnen und Soldaten andere Armeen ausbilden, die dann ihrerseits direkt oder indirekt an Kriegshandlungen beteiligt sind.«</p>	<p>»Wir lehnen Ausbildungsmissionen für Soldat*innen und Sicherheitskräften, die ihrerseits direkt oder indirekt an Kriegshandlungen beteiligt sind, ab.« (106)</p>
<p>»Wir wollen (...) Rüstungsexporte verbieten.«</p>	<p>»Wir fordern einen Stopp von Rüstungsexporten, sowie verstärkte internationale Zusammenarbeit für mehr Abrüstung und Rüstungskontrolle.« (104)</p> <p>„Perspektivisch wollen wir alle Rüstungsexporte aus Deutschland einstellen.“ (104)</p>

--	„Wir wollen die Zivilgesellschaft fördern statt Deals mit Diktatoren schließen! Dazu werden wir einen Fonds auflegen zur Förderung von zivilgesellschaftlichen Akteuren, die sich weltweit für Demokratie, Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit einsetzen, ihn wollen wir mit substanziellen finanziellen Mitteln ausstatten.“ (112/113)
Quelle: <a href="#">die_linke_wahlprogramm_2017.pdf</a> ( <a href="#">die-linke.de</a> )	Quelle: <a href="#">BTWP21_Entwurf_Februar_2021.pdf</a> ( <a href="#">die-linke.de</a> )